

Anmerkungen zur Diskussion am Sonntag zur Haushalts- und Finanzpolitik Bremens:

W. Elsner

1. Zum Schuldentilgungsfonds:

Dieser soll zunächst einmal eine öffentliche Sache sein, eine Sache des Bundes, evtl. technisch bei Bundesbank, besser u.U. bei KfW, angesiedelt.

Bankenseitig sind durch sog. Tendersverfahren primär LZBs, Spezialkreditinstitute und Versicherungen, und erst durch Weiterverteilungen auch die einschlägigen Universal-/Geschäftsbanken beteiligt.

Die Zinsen liegen i.d.R. ein %-Punkt unter Marktzins, sind also nicht völlig unattraktiv.

Im Tendersverfahren verhandeln auf Seiten der öffentlichen Kreditnachfrager i.d.R. mehrere Gebietskörperschaften mit einiger „Nachfragemacht“. Unwahrscheinlich, dass es für Bremen keine Kredite mehr gibt bei Teil-Entschuldungs-, Zins-/Tilgungs-Moratoriums-Verhandlungen unter Einbeziehung des Banken- und Versicherungssektors.

Die Banken kommen im Sinne einer Öffnung der Diskussion rein, gemäß der Frage: Wo sitzt das Geld?

2. Zur Schaffersteuer:

Wichtig: die Bundes-Diskussion/Forderung der Linken, die Vermögenssteuer (Landessteuer!) und deren Einbehalt durch die Länder, die sie erheben, zu ermöglichen, soll aufgenommen werden.

Schaffersteuer bleibt im Programm unter dem Aspekt des „Eigenbeitrages“ in Bremen. Neudefinition des Eigenbeitrages gem. der Frage „Wo sitzt das Geld?“ und „Wer hat von der Sanierung am meisten Geld abbekommen?“. Umsetzung schwierig, da Sondererhebungen juristisch unklar, in jedem Fall ein Aufholen und Sonderbeitrag über normale Gewerbesteuererhöhung, evtl. mit KMU-Bonus, sollte möglich sein. Neudefinition / Umbewertung „Eigenbeitrag“!

3. Gliederung des Programmteils:

- Einschätzung des BVerfG-Urteils und Perspektiven.
- Staatsruinierung durch neoliberale Umverteilungspolitik zu Lasten von Ländern und Gemeinden. Staatsruinierung, Verfassungswidrigkeit und Gesellschaftsruinierung. Der Haushalt ist verfassungswidrig, weil er haushaltstechnisch GG/BHO/LHO widerspricht und weil er dem Sozialstaatsgebot des GG widerspricht.

- Ein bedarfsgerechter Haushalt ist zugleich ein demokratisch mitbestimmter und funktionierender Haushalt. Der Staat muss wieder zum professionellen und qualitativen öffentlichen Dienstleister werden.

Gerechtigkeit in Bremen:

- Notmassnahme Subventionsstopp (Space-Park, Musical, IUB, Galopprennbahn, Hotelbauten etc.: Ausstieg).
- Privatisierungsstopp und Rekommunalisierung von Gesellschaften und Immobilien (s. LRH-Beispiele!).
- Hafenlasten an den Bund abgeben. Hafen ist nationale Angelegenheit!
- Notmassnahme „Schaffersteuer“ (s.o.).
- Notprogramm Arbeit und Soziale Gerechtigkeit in/für Bremen.

Gerechtigkeit für Bremen:

- Notmassnahme Sanierungsfonds (s.o.).
- Hälfte Korrektur der Steuerreform von 1969 (Lohn- und Einkommenssteuer).
- Hälfte Korrektur der Umsatzsteueraufteilung.
- LFA-Re-Reform: Einwohnerwertung, Stärkung der Solidar- und Ausgleichswirkung.
- Zinsbeihilfe gem. Maßstäbengesetz.
- Investitionsbeihilfe gem. Art 104 GG.
- Neugliederung des Bundesgebietes: Keine zentralistischen bürokratischen bürgerfernen Monsterländer a la Nordstaat. Einstieg in die Diskussion der Neuabgrenzung der Grenzen von Großstädten und Stadtstaaten zum Umland!

Aber: bei allen solidarischen Vorschlägen muss beachtet werden, dass Bremen selbst dazu beigetragen hat, die Rahmenbedingungen zu verschlechtern, da es aktiv mitgewirkt hat bei der LFA-Reform und der Föderalismusreform 1, die die Solidargemeinschaft des Bundes und der Länder weiter aufgelöst hat.

Auch nach dem BVerfG-Urteil bläst der Wind in die entgegengesetzte Richtung des Wolfs- und Chaos-Föderalismus.

Wahlkampf: Soziale Märchenstunde der SPD – Irrwitzige Mittelfristige Finanzplanung! Soziales Mäntelchen um jeden Preis, auch dem Preis der Unsolidität.